



Information zum «Massnahmenpaket zugunsten der Me- dien»

www.medien-massnahmenpaket-nein.ch

NEIN zu gekauften Medien

Ein neues Bundesgesetz will die Schweizer Medien mit dem süssen Gift von Milliarden-subsventionen vom Staat abhängig machen. In der Volksabstimmung vom 13. Februar 2022 über das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» geht es somit um sehr viel. Um viel Steuergeld, aber auch um unsere Demokratie. Denn ihr Funktionieren ist auf un-abhängige und kritische Medien angewiesen. Doch genau das steht nun auf dem Spiel, indem der Staat die Medien an sich binden und finanziell abhängig machen will.

Jahr für Jahr 178 Millionen, vorwiegend an grosse Medien- konzerne

Künftig möchte Bundesbern die privaten Medien mit noch mehr Staatsgeld füttern: Die bisherigen Medien-Subventionen von jährlich 53 Millionen Franken sollen neu auf 178 Millionen erhöht werden. Fixiert (vorerst) auf 7 Jahre, womit sich die Subventionen auf gegen 1 Milliarde summieren. Über 70 Prozent davon gingen an die grossen Medienkon-zerne, an reiche Verlegerdynastien und deren Aktionäre. Selbst börsenkotierte Verlage wie die TX Group («Tages-Anzeiger») würden jährlich Millionen einstreichen. Das ist reine Geldverschwendung und demokratiepolitisch höchst schädlich.



Fake News rund ums Mediengesetz

Die Zeitungsverleger geben vor, sie bräuchten das Staatsgeld, weil sie «demokratie-relevante Informationen» zu verbreiten hätten. Das überzeugt nicht. Medien, die am Staatstropf hängen, verlieren ihre Glaubwürdigkeit und ihre Funktion als vierte Macht im Staat.

Im Weiteren behaupten sie, das neue Mediengesetz sei speziell für die Kleinverlage gemacht worden und fördere die Medienfreiheit. Auch das ist falsch.

1. Es gibt in der Schweiz nur noch wenige kleine Zeitungsverlage. Sie alle sind gut situiert, gehören wohlhabenden Aktionären und werden vom Bund schon heute jährlich mit 53 Millionen subventioniert. Das bleibt auch bei Ablehnung des neuen Gesetzes so.
2. Dass das neue Mediengesetz für die Grossverlage gemacht ist, belegten folgende Fakten: Bisher wurden nur Zeitungen bis zu einer Auflage von 40'000 Exemplaren subventioniert. Nun fällt diese Grenze. Neu sollen auch die grossen Blätter wie Blick, Tages-Anzeiger, NZZ, 24Heures usw. subventioniert werden. Zudem werden neu auch die Sonntagszeitungen subventioniert, welche nur Grossverleger herausgeben.
3. Im Weiteren wird behauptet, das Gesetz fördere die Regionalmedien. Auch das stimmt nicht: Praktisch alle Regionalzeitungen wurden von den Grossverlagen aufgekauft, welche vielerorts die Lokalredaktionen schlossen oder redimensionierten, was das Gegenteil von regionaler Förderung ist.

Gift für die Demokratie

Staatsgeld macht staatsabhängig. Im Falle der Medien ist das Gift für die Demokratie. Staatsfinanzierte private Medien können ihre Funktion als vierte Macht im Staat nicht mehr oder nur noch begrenzt erfüllen. Der Volksmund weiss: «Wes Brot ich ess', des Lied ich sing.»

Subventionen sind selbst Verlegern peinlich

Ihre Subventionsforderungen scheinen selbst den Verlegern peinlich zu sein. In einem Interview in den hauseigenen Zeitungen vom 10. Oktober 2020 sagte NZZ-Präsident Etienne Jornod auf die Frage, ob der NZZ-Verlag «Staatsgelder ablehnen» würde: «Das wäre dumm, wenn die anderen das Geld nehmen. Aber Subventionen sind immer ungesund. Unsere Branche muss fähig sein, ihre Produkte zu verkaufen.»

Die Subventionen in der Übersicht

Die Verlage kassieren für ihre Radio- und TV-Angebote schon heute jährlich 81 Millionen Franken aus dem Gebührensplitting. Künftig wird dieser Betrag auf 109 Millionen erhöht. Weitere rund 130 Millionen schenkt der Bund den Verlagshäusern durch den reduzierten Mehrwertsteuersatz. Zudem werden aktuell 53 Mio. Franken an Mediensubventionen ausgeschüttet, die auch nach einem Nein zum Mediensubventionsgesetz an die Medien fließen. Und jetzt sollen den Verlagen nochmals 125 Millionen zufließen. Mit dem neuen Gesetz würden die privaten Medienhäuser die Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler somit Jahr für Jahr über 400 Millionen Franken kosten. In den nächsten sieben Jahren sind das rund 3 Milliarden! Zudem unterstützen die Schweizerinnen und Schweizer die mediale Landesversorgung auch noch via Radio- und TV-Gebühren an die SRG mit jährlich fast 1.4 Milliarden Franken.

Aufgrund der neuen Gesetze würden die Schweizer Medien Jahr für Jahr wie folgt subventioniert werden:

Bereich	Subventionen in Mio. Franken		
	Best.	neu	total
▪ Verbilligung Transporttaxen Tages-/Wochenzeitungen	30	+ 20	50
▪ Verbilligung Transporttaxen Mitgliedschafts-/Stiftungspresse	20	+ 10	30
▪ Verbilligung Früh- u. Sonntagszustellung Tages-/Wochenzeitungen	0	+ 40	40
▪ Aus-/Weiterbildung, Presserat, Nachrichtenagenturen, Verlags-IT	3	+ 25	28
▪ Online-Medien: Der Bund vergütet Verlagen 60 % der Abo-Einnahmen	0	+ 30	30
Total neue Mediensubventionen	53	+ 125	178
Subventionen aus Gebührensplitting an die privaten Radio- und TV-Stationen			109
Einsparungen der Medienhäuser dank reduzierter MwSt. von 2.5 % (statt 7.7 %)			130
Total direkte und indirekte Medien-Subventionen pro Jahr			417

Entlarvende Intransparenz

Ins schädliche Subventionsbegehren passt die Intransparenz des Vorhabens: Welche Verlage wie stark von den Subventionen profitieren, will niemand sagen. Das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) schreibt: «Hierzu können wir keine Angaben machen». Dasselbe teilt auch der Verlegerverband mit.

«Ineffizient» und «wettbewerbsverzerrend»

Um den Kniefall der Politik vor den Medien umsetzen zu können, schlägt der Bundesrat in einem Massnahmenpaket Änderungen im Postgesetz und im Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) vor. Zudem wurde ein neues «Bundesgesetz über die Förderung von Online-Medien» ohne korrekte Vernehmlassung ins Paket geschmuggelt. Die darin definierten direkten Subventionen taxiert die Eidgenössische Wettbewerbskommission als «verfassungswidrig», «wettbewerbsverzerrend» und «ineffizient». Sie beantragte dem Bundesrat, deren Ausbau «vollumfänglich zu streichen». Ohne Erfolg.

Subventionen sind unbegründet und bringen nichts

Die Mediensubventionen sollen ausgebaut werden, obwohl mit den bisherigen Millionenzahlungen absolut nichts erreicht wurde. Sie haben den massiven Verlust an Meinungsvielfalt nirgendwo aufgehoben. Selbst der Bundesrat weiss das: 2017 hielt er fest, die bisherigen Subventionen hätten auf die Medienvielfalt «keine Wirkung» gezeigt.

Die Millionen-Subventionen sind auch wirtschaftlich unbegründet. In den Vor-Corona-Jahren verdienten die fünf marktbeherrschenden Verlage des Landes jährlich gegen eine halbe Milliarde Franken und zahlten dreistellige Millionenbeträge an Dividenden aus. Und selbst im Corona-Jahr 2020 machten sie noch fast 300 Millionen Franken Gewinn. Das zeigt: Die Verleger können ihre betrieblichen Aufgaben selbst finanzieren. Diese auf das Volk abzuwälzen, ist unanständig.

Angriff auf Gratis-News und freies Internet

Neu sollen auch Online-Medien subventioniert werden. Aber nur jene, die abonniert sind. Kostenlose Medienangebote – ob Online oder Print – sind von der Staatsförderung ausgeschlossen. Der Bund möchte den Verlegern künftig für jedes Online-Abonnement 60 Prozent der Abo-Einnahmen zustecken. Profitieren von diesem Staatsgeld würden damit nicht die Konsumenten, sondern die Verleger.

Kostenlose lokale und regionale Online-Dienste werden dadurch gezielt vom Markt gedrängt. Mit dem Resultat, dass die frei verfügbare Information im Internet zu politischen Prozessen im Nahbereich der Bürgerinnen und Bürger verschwindet. Die Konsumenten würden im Gegenzug gezwungen, teure Online-Abos der Monopolverlage zu kaufen. Das führt zu einem unsozialen indirekten Abonnementszwang für Normalverdienende, Senioren und Jugendliche, die darauf angewiesen sind, ihre Informationen kostenlos beziehen zu können.



Einheitsbrei statt Wächterfunktion

Staatlich finanzierte Medien verlieren ihre Wächterfunktion gegenüber Politik und Verwaltung. Ihre Staatsabhängigkeit macht sie unglaubwürdig.

Die Subventionen fördern zudem die inhaltliche Schwächung der Medien. Der Konzernjournalismus, bei dem vom Bodensee bis zum Genfersee überall dasselbe geschrieben wird, führt zu einem staatspolitisch gefährlichen Einheitsbrei. Laut einer Studie der Universität Zürich verdoppelte sich der Anteil an Medienbeiträgen, die in mehreren Zeitungen erschienen sind, von 2018 bis 2020 in nur drei Jahren von 10 auf 21 Prozent – Tendenz steigend.

Steuergeld falsch eingesetzt

Das Nutzungsverhalten der Medienkonsumenten hat sich radikal geändert. Gemäss der Universität Zürich setzten 2019 bereits 61 Prozent der Konsumenten auf Online-News. Das ist der bei weitem höchste Anteil unter allen Mediengattungen. Alle anderen Medien verloren in den letzten zehn Jahren drastisch an Marktanteilen: die Abo-Zeitungen minus 25 Prozent, TV minus 24 Prozent.

Fast 100 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer zwischen 14 und 39 Jahren nutzen das Internet regelmässig. Damit wird klar: Es ist falsch, hunderte von Steuergeld-Millionen für Print-Zeitungen zu verfeuern.

NEIN zum «Massnahmenpaket zugunsten der Medien»

Im Sinne der Meinungsfreiheit und Medienvielfalt muss das neue Mediengesetz gestoppt werden. Auf dem Spiel steht die freie öffentliche Debatte – und damit die Grundlage der Demokratie.

Von Staatsmillionen abhängige Medienmonopole sind Gift für das Funktionieren unseres politischen Systems. Darum braucht es am 13. Februar 2022 ein NEIN zum unnötigen und schädlichen «Massnahmenpaket zugunsten der Medien».

Das Parlamentarier-Komitee

Gegen das Mediensubventions-Gesetz haben sich neben dem Kernkomitee des Vereins «NEIN zu staatlich finanzierten Medien» auch ein Journalistenkomitee sowie ein Parlamentarierkomitee mit über 90 namhaften National- und StänderätInnen gebildet. Auszüge aus den Voten der führenden Parlamentarier an deren Medienkonferenz vom 6. Juli 2021 in Bern:

Nationalrat Philipp Kutter: «Mir wird schlecht»

- «Mir wird schlecht beim Gedanken, dass Medienhäuser wie die Bauern Direktzahlungen erhalten.»
- «Ich wehre mich mit aller Kraft dagegen, dass der Staat die Medien an die Leine nimmt. Wir würden unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie nachhaltig beschädigen.»

Ständerat Benedikt Würth: «Direkt aus der Bundeskasse»

- «Nicht der Staat muss die Medien kontrollieren, sondern die Medien den Staat.»
- «Erstmals gibt es für Medien eine an den Umsatz gekoppelte Subvention. Direkt aus der Bundeskasse!»
- «Die Medien verlieren mit dieser Förderung ihr wichtigstes Gut, nämlich ihre Glaubwürdigkeit.»
- «Mit dem neuen Gesetz wird gezielt Wettbewerbsverzerrung betrieben.»
- «Der eingeschlagene Weg ist ein Irrweg. Das Paket muss an den Absender zurück.»

Ständerat Ruedi Noser: «Bundesrat zementiert Medienmonopole»

- «Mit dem Gesetz kauft der Bundesrat die vierte Gewalt im Staat. Das muss verhindert werden. Unserer Demokratie zuliebe.»
- «Der Hinterzimmer-Deal des Bundesrates ist einfach: Mit der neuen Online-Förderung wird die (heutige) indirekte Presseförderung zu einer direkten Presseförderung. Es werden mehr und mehr die Redaktionen gefördert. Ein Beispiel: Tages-Anzeiger, 20 Minuten und weitere Konzern-Zeitungen führen einen gemeinsamen Newsroom, in dem für Print und Online gearbeitet wird. 20 Minuten aber hat keine Abonnenten und erhält deshalb keine Onlinförderung. Umgekehrt aber haben die Zeitungen gemeinsame Abonnements für Zeitung und Online. Die Online-Einnahmen könnten somit bis zu 60% staatlich subventioniert werden. Das Problem ist nun: Wieviel von einem Abonnement wird Print und wieviel Online zugerechnet? Wie wird zwischen Bezahl- und Gratismedien abgegrenzt?»
- «Mit dem neuen Gesetz zementiert der Bundesrat Medienmonopole.»



Alt Nationalrat Manfred Bühler, Präsident Aktion Medienfreiheit:

- «Indem der Bund für Online-Medien Subventionen in Aussicht stellt, schafft er Unternehmen, die nie gewinnbringend arbeiten.»
- «Den Diskurs verschiedener Meinungen muss der freie Markt hervorbringen. Dies ist keine Aufgabe von Bundesbern.»
- «Angesichts der technologischen Entwicklungen wäre eine Deregulierung im Medienmarkt wichtig – nicht ein zusätzliches Gesetz.»

Nationalrat Gregor Rutz: «Gesetz ablehnen»

- «Der Staat soll nicht in funktionierende Märkte eingreifen.»
- «Das Massnahmenpaket zugunsten der Medien kultiviert eine falsche Optik: Staatlich finanzierte Medien werden als qualitativ höherwertig angesehen, während private als kommerziell – und damit minderwertig – abgetan werden.»
- «Mit dem neuen Gesetz züchten wir nicht überlebensfähige Unternehmen heran.»
- «Wer den freien Austausch von Meinungen bevorzugt und nicht möchte, dass der Staat entscheidet, welches Medium korrekt berichtet, tut gut daran, das neue Mediengesetz abzulehnen.»

Das Zitat

Etienne Jornod, Verwaltungsratspräsident des NZZ-Verlags, sagte am 10. Oktober 2020 in der «Aargauer Zeitung» auf die Frage «Werden Sie Staatsgelder ablehnen?» in entlarvender Deutlichkeit: «... *Das wäre dumm, wenn die anderen das Geld nehmen. Aber **Subventionen sind immer ungesund. Unsere Branche muss fähig sein, ihre Produkte zu verkaufen.***»